

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

19.9.1932 (No. 219)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung,
Badischer Staatsanzeiger,
Karlsruher Straße 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen kassierter Rabatt, der als Rollenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erläuterungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die politische Betätigung der Beamten

Bevorstehende Wahlen geben der badischen Staatsregierung Anlaß, folgende neue Richtlinien über die politische Betätigung der Beamten bekanntzugeben:

1. Ein Beamter, der in irgendeiner Weise die Bestrebungen einer Partei oder sonstigen Organisationen fördert oder unterstützt, welche einzelne oder sämtliche Grundlagen der bestehenden Verfassung des Reichs oder eines Landes mit Gewalt beseitigen will, verleiht in schwerster Weise seine Treupflicht gegenüber dem Staate; er hat die äußersten Folgen seiner Pflichtverletzung zu tragen.

2. Die Freiheit der politischen Gesinnung, die Betätigung und die Vereinigungsfreiheit in anderen Parteien finden gemäß Artikel 130 und 118 der Reichsverfassung ihre Grenzen in den „Schranken der allgemeinen Gesetzgebung“. Dazu gehören auch die Beamtengesetze der Länder und die darin begründeten Beamtenpflichten. Der Beamte ist ferner nach Artikel 130 der Reichsverfassung Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Der Beamte hat daher im politischen Kampfe eine seinem Amte entsprechende Zurückhaltung zu üben und bei seinen Äußerungen die Grenzen einer sachlichen Auseinandersetzung einzuhalten. Insbesondere sind Äußerungen gegen die Regierungen des Reichs und der Länder, gegen einzelne ihrer Mitglieder, gegen Behörden oder öffentliche Einrichtungen, die diese Grenze überschreiten, zu unterlassen.

3. Das Tragen von Dienstkleidung bei parteipolitischen Betätigungen ist unstatthaft.

4. Innerhalb des Dienstes hat der Beamte jede parteipolitische Agitation zu unterlassen, insbesondere ist die parteipolitische Agitation in den Diensträumen, sowie das Tragen politischer Abzeichen im Dienste oder in den Diensträumen den Beamten untersagt.

Kombinationen über die Reichsreform

Die Haltung der Reichsregierung

In den letzten Tagen sind in einer Reihe von Zeitungen zur Frage der Reichsreform und angebliche Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern verbreitet worden. Diese Nachrichten und Äußerungen bedürfen sich, wie von zuständiger Berliner Stelle erklärt wird, zum größten Teil nicht den Tatsachen. Bei der Konferenz der Reichsregierung mit den süddeutschen Länderregierungen in Stuttgart ist seinerzeit vereinbart worden, daß in der Frage der Reichsreform erst eingehende Erörterungen mit den Länderregierungen stattfinden sollen, ehe der Entwurf der Reichsregierung fertiggestellt wird. Diese Verhandlungen mit den Ländern haben noch nicht stattgefunden. Auch die bevorstehenden Reisen des Kanzlers und einzelner Reichsminister nach Bayern haben, wie bereits erklärt worden ist, mit der ganzen Frage nichts zu tun. Von amtlicher Seite wird nachdrücklich erklärt, daß eine Verschärfung Preußens und eine Umgestaltung preußischer Gebiete zu Reichsprovinzen auf keinen Fall in Frage kommt. Bei der kommenden Reichsreform soll an dem föderativen Charakter des Reichs nichts geändert werden.

Die Stimmung in Bayern

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt: „Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich die bayerische Regierung mit jeder Reichsregierung, wie sie auch heißen mag, ehlich und sachlich über die Fragen der Reichsreform zu unterhalten bereit ist. Dazu bedarf es wirklich keines Stillschweizens der bayerischen Politik oder einer Änderung der Auffassungen über das Statut von Bayern. Solange aber nicht bekannt ist, wie denn tatsächlich die Reichsreformpläne der gegenwärtigen Reichsregierung aussehen, kann man dazu auch keine Stellung nehmen.“

Auf der traditionellen Tautenhäuser Bauernversammlung hielt am Sonntag der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, eine Rede über Ziel und Aufgabe der Partei: den Reichstag arbeitsfähig zu machen. Bei den Bemühungen auf Verhinderung der Reichstagsauflösung sei es nicht um die Bildung parlamentarischer Koalitionen gegangen, sondern darum, eine Situation zu schaffen, die es auch den Nationalsozialisten ermöglichte, für die Regierung zu stimmen. Redner warnte vor auf einen Staatsstreich hinauslaufenden Experimenten, die nur den revolutionären Elementen Waffen in die Hände geben würde.

Eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk sei es, den Verfassungskampf in Ruhe zu beenden. Das könne freilich nicht dadurch geschehen, daß man an dem Buchstaben der Weimarer Verfassung unerschütterlich festhalte. Diese Verfassung sei krank. Man müsse in vernünftiger Zusammenarbeit die notwendigen Folgerungen treffen. Von allen geschehenden Faktoren gelte in seiner Autorität unberührt nur mehr der Reichstag. Es wäre eine große geschichtliche Tat, wenn die deutschen Länder dem Volke und seinen Führern einen Gesetzgebungsvorschlag

Letzte Nachrichten

Freie Diskontfökung der Reichsbank

Der deutsche Antrag in Basel angenommen

Basel, 19. Sept. (Tel.) Der Verwaltungsrat der RB hat den deutschen Antrag auf Abänderung des § 29 Abs. 3 des Reichsbankgesetzes, der vorschreibt, daß eine Diskontfökung unter 5 Proz. nicht erfolgen darf, solange sich die Golddeckung unter 40 Proz. bewegt, angenommen.

In der Besprechung am Samstag hatte diese Frage bereits eine gewisse Klärung gefunden. Es gelang den Reichsbankvertretern, die Bedenken zu zerstreuen, die von Gläubigerseite gegen eine deutsche Diskontfökung vorgebracht wurden.

Die Aufgaben der Winterhilfe

Die freie Wohlfahrtspflege

Berlin, 19. Sept. (Tel.) Staatssekretär Dr. Grieser und der Generalsekretär der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege sprachen heute vor Vertretern der Presse über die Aufgaben der Winterhilfe in diesem Jahr. Staatssekretär Dr. Grieser führte u. a. aus: „Das Wort „Winterhilfe“ weckt Erinnerungen, Befürchtungen und Erwartungen. Auch für den Übergang von 1932 auf 1933 ist ein Winter der Not zu befürchten. Ende August war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um 1 Million höher als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Der Unterschied erzeugt Besorgnis. Glück der Wirtschaftsprüfung der Reichsregierung, dann ist mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit und mit der Vermehrung von Arbeitsgelegenheit zu rechnen. Mit einer solchen Schicksalswende allein ist aber auch noch nicht die Massenarmut beseitigt, an der die Gegenwart so schwer leidet. Millionen von Arbeitslosen werden noch einmal den Strapazen eines Winterhanges ausgesetzt sein, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern.“

Das Wort „Winterhilfe“ schließt aber auch die vertrauensvolle Erwartung in sich, daß dem Winter der Not ein Winter der Hilfe gegenübersteht wird.“

Die Deutsche Liga für freie Wohlfahrtspflege werde, wie im letzten Herbst so auch jetzt, zur Winterhilfe aufrufen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler werden den Aufruf durch ein bedeutendes Begleitwort unterstützen.“

Die schwedischen Wahlen

Die schwedische Regierung zurückgetreten

Stockholm, 19. Sept. (Tel.) Das vorläufige Endergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ergab für die Konservativen 568 742 Stimmen gegen 692 434 im Jahre 1928, Bauernbund 351 055 (263 501), Liberale 40 859 (70 820), Freiwirtschaftliche Volkspartei 247 002 (303 995), Sozialdemokraten 1 013 176 (873 931), Schwedische Kommunisten 130 882 (151 567), Internationale Kommunisten 73 508, Nationalsozialisten 14 845.

Es sind somit gewählt: 58 Konservative (15 Sitze verloren), 36 Bauernbund (9 gewonnen), 14 Liberale (unv.), 20 Freiwirtschaftliche Volkspartei (8 verloren), 104 Sozialdemokraten (14 gewonnen), 6 Schwed. Kommunisten (2 verloren), 2 Intern. Kommunisten (2 gewonnen).

Die Regierung Samrin hat heute im Akkorde dem König ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der König hat die Demission angenommen.

Auch Bolivien fügt sich

La Paz, 19. Sept. Bolivien brachte den Neutralen zur Kenntnis, daß es einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten zustimme.

Goebbels Ernennung zum Botschafter in London ist offiziell erfolgt. Zu seinem Nachfolger in Paris ist Ministerialdirektor Dr. Roland Koester, zuletzt Personalchef im Auswärtigen Amt, bestimmt worden.

Der russische Volkskommissar Litwinow, der am Samstag auf der Durchreise nach Genf in Berlin eingetroffen ist, hat dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister einen Besuch abgeleistet.

unterbreiten würden, der den Weg einer vernünftigen Verfassungsreform zeige. Die deutschen Ländern könnten einer Verfassungsreform den Weg bereiten, durch welchen die geschiedenen Körperschaften wieder arbeitsfähig, die Volkserziehung erhalten, neben ihr aber eine starke Führung im Staat ermöglicht werde, eine Verfassungsreform, die die Grundlagen des Reichs vertritt, dem Reiche gebe, was das Reich brauche, den unseligen Bürokratismus in Berlin beende und den Ländern ihre Zuständigkeit wieder gebe.

Im Anschluß hieran sprach Geh. Rat Dr. Heim. Er wandte sich gegen jede Art von Diktatur, aber auch gegen den Parlamentarismus der Weimarer Verfassung. Er bekannte sich als Anhänger der Arbeitsdienstpflicht, als Freund einer Wehrmacht in Höhe von mindestens 300 000 Mann. Schließlich verlangte der Redner die Aufstellung einer neuen Verfassung durch ein Volksreferendum, und zwar zugleich mit Durchführung der Reichstagswahlen.

* Um die deutsche Gleichberechtigung

Die britische Regierung hat neuerdings in einem besonderen Schriftstück ihre Ansichten zur Frage der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung niedergelegt, und dieses Schriftstück ist bereits in Berlin und Paris überreicht worden.

Es ist zweifellos ein wichtiges Dokument und muß mit aller Aufmerksamkeit betrachtet werden. Interessant ist die Feststellung, daß sein Inhalt weder in Berlin noch in Paris gefallen hat. Der beste Beweis dafür, daß sich die britische Regierung um einen Ausgleich bemüht hat. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn das Schriftstück, das so offensichtlich Brücken schlagen will, einem Partner restlos zugelegt hätte.

Ob Deutschland jedoch mit diesen britischen Bestrebungen nach einem Ausgleich gedient ist, das ist eine andere Frage. Für uns spielen formal-juristische Untersuchungen, wie sie in dem Londoner Schriftstück angedeutet werden, keine große Rolle; wir setzen auf einen Rechtsanspruch, der sich aus der ganzen Situation von selbst ergibt, der die Voraussetzung einer jeden weiteren Zusammenarbeit der Nationen ist, und der in dem Wortlaut des Friedensvertrags zum mindesten dem Sinne nach eine auch juristisch ausreichende Stütze findet. Wenn England sagt, die allgemeine Abrüstung sei nicht eine Bedingung für die Vertragserfüllung durch Deutschland, sondern nur ein Ziel, zu dessen Erreichung sich die Siegermächte verpflichtet haben, so ist das schließlich ein Streit um Worte. Denn eine Verpflichtung bleibt eine Verpflichtung, und niemand wird es Deutschland verwehren können, daß es heute im Hinblick auf die ganze Entwicklung der letzten Jahre seinerseits jene Willenserklärung der Siegermächte als eine Voraussetzung für die weitere Aufrechterhaltung des Teiles 5 des Friedensvertrags bezeichnet und den Standpunkt vertritt, daß man auf die Dauer einen Vertragsparagrafen, der Deutschland diskriminiert und zu einem Staat minderen Rechts herabdrückt, nicht mehr aufrechterhalten kann, wenn jenes Ziel, durch dessen Erreichung dieser Teil 5 noch nachträglich eine Art moralische Sanktion erhielt, nicht erreicht wird.

Es ist bemerkenswert, daß auch das britische Kabinett in jener Note die moralische Berechtigung Deutschlands zu seiner Forderung an sich anerkennt und deshalb von der Abrüstungskonferenz erwartet, daß sie sich ernstlich mit dieser deutschen Forderung beschäftigt. Das ist ein überaus wichtiger Punkt. Denn bisher hat man bekanntlich auf der Abrüstungskonferenz unseren Anspruch einfach ignoriert, und auch heute noch ist man in Paris vor allem darüber erregt, daß das britische Schriftstück die deutsche Forderung soweit ernst nimmt, daß sie sie auf die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz gesetzt sehen will.

Daß die britische Regierung unser Fernbleiben von der Abrüstungskonferenz als eine „Herausforderung“, als einen „unglücklichen“ Akt bezeichnet, und zwar deshalb unglücklich, weil derartige politische Kontroversen die Bemühungen um die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise behindern müßten, braucht Deutschland in der Verfolgung seiner Ziele nicht zu hören. Wir glauben es gern, daß die britische Diplomatie ein geduldiges und lammfrommes Deutschland lieber sieht, als ein forderndes Deutschland. Und wir glauben auch gern, daß der britischen Politik, die in erster Linie Handelspolitik ist, der nationale Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung innerlich gleichgültig ist, wenn nur das Geschäft darunter nicht leidet. Aber wir werden uns durch Großbritannien nicht von der Weiterverfolgung unserer Ansprüche abhalten lassen. Auch die deutsche Reichsregierung steht auf diesem Standpunkt. Nach der Ansicht Berlins stellt die englische Note „keine Diskussionsgrundlage“ dar; sie ist kaum geeignet, die deutsche Politik von dem mit den letzten amtlichen Veröffentlichungen beschrittenen Weg abzubringen. Was aber die Rücksicht auf die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise betrifft, so geht die deutsche Auffassung gerade dahin, daß diese Krisis durch den internationalen Mangel an Vertrauen mit hervorgerufen wurde, und daß man dieses Vertrauen erst dann wieder herstellen wird, wenn man den Teil 5 des Versailler Friedensvertrags, der in Europa Mächte zweierlei Rechts schafft, revidiert.

Wahrscheinlich werden wir also weiterhin die Abrüstungskonferenz fernbleiben, falls man uns nicht die

bestimmte Garantie gibt, daß nun entweder wirklich abgerüstet wird, oder daß man auch Deutschland das Recht auf Wiederaufrüstung einräumt. In der englischen Note wird allerlei gesprochen von der Notwendigkeit einer „größtmöglichen Rüstungsverminderung“. Aber bis jetzt hat sich auch noch nicht das geringste Anzeichen dafür feststellen lassen, daß man in Frankreich geneigt wäre, eine Rüstungsverminderung vorzunehmen, die wirklich dem deutschen Muster einigermaßen entspricht. Und das ist ja das Entscheidende hierbei: es würde dem Gedanken der Gleichberechtigung glatt ins Gesicht schlagen, wenn Frankreich auf die Dauer eine wesentliche stärkere Rüstung unterhalten dürfte, als das seiner ganzen geographischen Lage nach viel mehr bedrohte Deutschland.

Der Wahlkampf steht ein Zentrum und Nationalsozialisten

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Ludwigslust erklärte Landtagsabgeordneter Mergenthaler nach dem Bericht der „Ludwigslust. Ztg.“ zu den Verhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum, daß es sich dabei nicht um Weltanschauungen, sondern lediglich um die Frage gehandelt habe, rasch Wege zur Arbeitsbeschaffung zu bereiten. Dazu sollte das Zentrum mitwirken — ohne Gegenleistungen und Bindungen auf nationalsozialistischer Seite. Giller wisse, wie ungeheuer groß der Unterschied zwischen Zentrum und Nationalsozialisten sei; wie könne es ein engeres Zusammengehen zwischen beiden geben. In seinem Schlusswort erklärte der Redner noch: Papens letztes Ziel werde wieder die Errichtung der Monarchie sein. Das Zentrum wolle aber keine Wiedereinführung der Hohenzollern. Wir warnen das Hohenzollernhaus, etwa eine Wiederherstellung seiner Herrschaft durch eine reaktionäre Regierung zu erhoffen.

Gründung eines Deutschen Nationalvereins

In Berlin wurde am Sonntag die Gründung des Deutschen Nationalvereins beschlossen. Der vorläufige Vereinsvorstand besteht aus Oberregierungsrat Dr. Wildermuth, Berlin, als Vorsitzenden; Graf zu Dohna, Bonn, und Rechtsanwalt Ziebell, Königsberg i. Pr., als Stellvert. Vorsitzenden; von Wilamowitz-Möllendorf, Berlin, und Oberbürgermeister Wäcker, Dresden, als Beisitzer.

Die Gründungsversammlung hat einstimmig einen Aufruf beschlossen, der sich an alle Deutschen wendet, die sich bis zur Stunde politisch heimatlos fühlen. Es heißt darin:

„Wir wollen die verfassungsmäßigen Rechtsgrundlagen wieder schaffen, die Selbstverantwortung und Mitverantwortung ermöglichen. Wir wollen durch Anpassung des Weimarer Verfassungswortes an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zur Verfassungserfüllung zurück. Wir wollen, daß Deutschland frei sei. Deutschland hat ein heiliges Recht auf die Lösung der aufgeworfenen Verträge. Wir wollen, daß wieder die Achtung vor der ehrlichen Meinung, vor der religiösen Überzeugung in Deutschland selbstverständlich sei, und daß die christlichen Grundlagen unserer Kultur erhalten bleiben. Wir wollen, daß die soziale Gesetzgebung in den Grundlagen des Versicherungs- und Arbeitsrechtes erhalten bleibe. Wir wollen eine Bauernsiedlung nach nationalen Gesichtspunkten. Wir wollen den Ausgleich der Standesinteressen in Handels- und Agrarpolitik und lehnen die Autarkie ab.“

Der Deutsche Nationalverein knüpft an geschichtliche Erinnerungen an. Er nimmt den Ruf auf, der von der nationalbedrohten Ostmark ergangen ist. Er fordert alle auf, die mit ihm einig sind, sich anzuschließen.“

Wahlaufruf Eugenbergs

Unter der Überschrift „Partei“ äußert sich Geheimrat Eugenberg in den Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei über die Aufgaben der DNV.

Die heutige deutsche Wirtschaftslage, so heißt es in dem Artikel, können nur auf politisch autoritativem Wege überwunden werden und diese Überwindung sei nicht möglich ohne gleichzeitige oder nachfolgenden völligen Umbau des Staates. Die Männer, die am 12. September den Reichstag nach Hause schickten, müßten, wenn sie vor der Geschichte bestehen wollten, von der Notwendigkeit besessen sein, diese beiden Aufgaben zu lösen.

Im weiteren erläutert Dr. Eugenberg dann näher seinen Wahlaufruf, indem er erklärt, daß die DNV sich umstelle, daß sie nur noch sehr bedingt Partei, daß sie vielmehr der Träger der ersehnten Volksgemeinschaft sei. Wir haben zu verhindern, daß aus Nationalismus Reaktion wird, daß Gouvernamentalismus das freie Wachstum des Neuen und Jun-

gen erzieht, daß hinter den Kulissen Sonderinteressen und Geldbeuteltagepunkte aus gesunden Früchten Kaupenmeister machen.

Eröffnung des Wahlkampfes durch die SPD.

Die SPD eröffnete am Sonntag den Wahlkampf mit einer großen Kundgebung der Eisernen Front in Leipzig. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Weis, nahm hierbei das Wort.

Es bestehe kein Zweifel darüber, daß wir heute in einer Zeit der ärgsten Reaktion leben. In der Hoffnung auf Giller und seine Vorarbeit, in der Hoffnung auf die antidemokratische Mitarbeit der Kommunisten, solle das deutsche Volk hinter die Zeit des Norddeutschen Bundes und der beginnenden Sozialreform zurückgeworfen werden. Die Abstimmung im Reichstag habe gezeigt, daß die Regierung Papen nicht im Volke wurzle, sie habe aber auch die Taktik der Nationalsozialisten enthielt. Giller habe von der Isolierung der Regierung von Papen an die ganze Stala bis zur Opposition durchlaufen. Der Tag werde kommen, wo das Wort wahr werde, daß Papen an der Demokratie stürze und die Demokratie siegen werde.

Die politischen Probleme des 6. November Der Wahltermin

Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident am heutigen Montag dem 6. November als Wahltermin für die Reichstagswahl zustimmen wird, den das Reichskabinett am Samstag beschlossen hat. Dieser Beschluß ist nur insofern eine Überraschung, als man in politischen Kreisen nicht erwartet hatte, daß das Kabinett den Termin so schnell festlegen würde, da es nach dem Wahlgesetz für seine Entscheidung noch einige Wochen Zeit hatte. Mit dem 6. November, der ja der letzte fristgemäße Termin ist, hätte man als dem wahrscheinlichsten Datum allerdings immer gerechnet.

Die politische Bedeutung des Kabinettsbeschlusses ist darin zu sehen, daß er zweifellos zur allgemeinen politischen Beruhigung beitragen wird. Die Gerüchte über eine Aussetzung der Reichstagswahlen sind damit endgültig gegenstandslos geworden. Die Reichsregierung sagt mit ihrem Beschluß, daß sie nicht an irgendwelche Experimente denke, die mit der Verfassung nicht im Einklang stehen. Allerdings sei es — so wird erklärt — eine Selbstverständlichkeit, daß die Wahlen nur dann stattfinden können, wenn die Voraussetzungen erfüllt ist, von der der Reichsinnenminister kürzlich vor der Presse gesprochen hat, daß nämlich die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden.

Nachdem der Wahltermin nunmehr feststeht, werden die Parteien wohl schon bald kräftiger mit dem Wahlkampf einsetzen. Ob er in der Ausdehnung der Propaganda die Festigkeit der letzten Wahlkämpfe erhält, ist wohl kaum anzunehmen; man hat in politischen Kreisen vielmehr allgemein die Auffassung, daß die Parteien mit den Anspannungen dieses Jahres keineswegs so leistungsfähig sind wie früher.

Das interessanteste Problem dieses Wahlkampfes ist nach Auffassung politischer Kreise die Frage, ob es den Nationalsozialisten und dem Zentrum gelingt, ihre Mehrheit aufrechtzuerhalten. Im aufgelösten Reichstag belief sie sich auf etwas mehr als 20 Mandate. Der Ausgang der Wahl gerade nach dieser Richtung wird von dem Erfolg der Bemühungen abhängen, in dem Raum, der früher von den Parteien der rechten Mitte ausgefüllt wurde, eine neue Organisation zu schaffen, die geeignet ist, die „politisch Heimatischen“ aufzufangen.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf Samstag früh in Rio de Janeiro ein; es ist nach eintägigem Aufenthalt nach Pernambuco zurückgefliegen. Die Heimfahrt soll am 22. September erfolgen.

Nach einer Meldung der „D. B. am M.“ aus Godhavn, ist der Flieger Udet heute, Montag, nachdem er vier Tage lang verschollen war, im Lager Dr. Frands gestiftet worden. Ein seit mehreren Tagen wütender Sturm verhinderte jedoch die Landung in der Nähe des Expeditionslagers.

Der deutsche Flieger v. Gronau setzt seinen Weltflug fort und ist von Tokio nach Nagoya geflogen.

Bei einem nationalsozialistischen Flugtag in Braunschweig stürzte der Braunschweiger Kunstflieger und Luftphotograph Albrecht tödlich ab.

Bei Spezia (Italien) stürzte zwei Wasserflugzeuge ab, wobei 7 Insassen getötet wurden.

Beschlagnahme der kommunistischen Arbeiterzeitung in Stuttgart. Die Samstagsnummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ ist auf Anordnung des Amtsgerichts 1. Stuttgart, wegen Vorbereitung zum Hochverrat beschlagnahmt worden.

Badisches Landesstheater

Neueinstudiert:

„Oberon“

(Eröffnungsvorstellung der Oper)

Seit Karl Maria von Weber im Sommer 1824 sich zwischen Frankreich und England, die beide nach dem Erfolg des „Freischütz“ und der „Kreuzfahrer“ mit Opernwünschen an ihn herangetreten waren, für London entschieden und trotz anfänglicher Schwankungen dem erstgeplanten „Faust“ einen den englischen Verhältnissen und schließlich auch ihm selbst mehr zuzugewandten romantischen Bühnenstoff vorzog, bereitete eben dieser „Oberon“ dem vierzigjährigen, todkranken und schon am Rande des Lebens wankenden Mann unjüngliche Mühe. Zunächst, als er das bei dem englischen Dramatiker J. N. Planché bestellte Libretto in Händen hielt, erschien ihm der Zuschnitt des Ganzen in all seinen Ideen und Grundzügen höchst fremdartig, und wenn er auch nach geraumer Zeit dem Verfasser mitteilen konnte, er umfasse den Text allmählich mit mehr Liebe, so besteht doch kein Zweifel, daß ihm bei der Sache nicht recht wohl ward. Das bezugene einmal die langen Pausen, die immer wieder eingeschaltet werden mußten, bis das Werk endlich vollendet war; ja, die Frage, warum er überhaupt den eingegangenen Vertrag nicht löse und das gekaufte Manuskript zurückschicke, das seine Wünsche sehr unzulänglich erfüllte, ist nur aus der finanziellen Notlage des deutschen Komponisten zu beantworten. Denn was Weber stets von neuem antrieb, die begonnene Arbeit fortzusetzen, waren letzten Endes Geldsorgen, deren er mit dem Tag der Uraufführung (12. April 1826) ledig zu werden hoffte.

Wir wissen sogar aus Webers Tagebuch und aus der interessanten Korrespondenz mit seiner Frau Karoline, daß nicht einmal der unerwartet große Erfolg dieser Premiere ihn froh stimmte. Noch vor seiner Abreise aus London erwog er den Gedanken einer gründlichen Umarbeitung. Dazu kam, daß auch den anfänglich so sehr begeisterten Engländern, auf deren Geschmack er doch ganz besondere Rücksicht genommen hatte, keineswegs verborgen blieb, wie mangelhaft und un-

dramatisch die teils aus Wielands „Oberon“, teils aus Shakespeares „Sturm“ und „Sommernachtsstraum“ zusammengesetzte Handlung eigentlich war. Zwar besserte nachher der Übersetzer Th. Hell, ehe er das Werk der deutschen Heimat darbot, immerhin noch mangelhaft, ohne jedoch jene operntypische Lösung zu finden, die wohl dem Musiker vorgeschwebt haben mag, als er mit schlechtem Gewissen zu banalen Szenen die schönsten Dinge schreiben mußte. Dafür ist ja gleich die Duvettüre ein vollgültiger Beweis: Mit ihrem Glanz auf dunklem Grunde, mit ihrer Apotheose des Romantischen wäre sie wahrhaftig geeignet, eine völlig andere Handlung einzuleiten. Da aber Weber kurz danach starb, ist es bei solcher Vorahnung leider geblieben, und alles was später noch Helfer bis zu Gustav Mahler oder Franz Wüllner tun konnten, täuscht nicht darüber hinweg, welche mit Händen zu greifenden Lücken dem Ganzen anhaften. Musikalisch übrigens nicht minder, da Weber bekanntlich für die Londoner Fassung, um überhaupt fertig zu werden, manch ältere Sachen mit in die Partitur hineinnahm und das vorläufig auch rechtfertigen konnte, insofern ja seine Absicht, den Wert des Werkes durch eine nachträgliche Korrektur wesentlich zu erhöhen, damals schon feststand.

Heute ist es nun bei dieser Sachlage nicht leicht, zu entscheiden, was für eine Aufführung des Werkes zu geschehen hat. Soll man irgendeiner modernen „Einrichtung“, die (nebenbei bemerkt) mitunter auch leitmotivische Beziehungen beibringt und also etwas hinzufügt, woran Weber sicher nie gedacht hat, den Vorzug geben oder doch lieber zur ursprünglichen Form greifen, die wenigstens vor musikalischen Metuschen halt macht? Nun, das Badische Landesstheater hat bei seiner Neueinstudierung das letztere gewählt und — mich dünkt — kaum ohne Erfolg, wenn natürlich auch diese Art der Wiedergeburt kein dauernder Gewinn für den Spielplan zu werden vermag. Aber soweit scheint ziemlich sicher: Gerade die einst von Schumann autoritativ getane und deshalb oft nachgesprochene Äußerung, der „Oberon“ stehe an Frische anderen Weberschen Werken weit nach, revidiert sich von selbst, wobei man aber nicht nur an die Organ-Arie Rezitas, das Brunkstück der Oper, zu denken braucht. Nehmen wir die Genial-

13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

1932, Düsseldorf, 19. Sept. (Priv.-Tel.) In der Städtischen Tonhalle begannen heute die Verhandlungen des 13. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Der Vorsitzende des Verbandes, Otto, schilderte die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den letzten drei Jahren. Die christlichen Gewerkschaften anerkennen, daß nicht alles an sozialpolitischen Errungenschaften in dieser furchtbaren Krise hätte erhalten werden können. Das bedeute aber nicht, daß sie mit allen Einzelheiten der Regierungsmaßnahmen einverstanden seien. Die Senkung der Produktionskosten könne nicht durch Herabsetzung der Löhne erreicht werden, sondern nur durch Abbau der hohen Steuern, Zinsen, und der zu hoch bezahlten Verwaltungsbürokratie.

Der Landesgeschäftsführer, Kaiser, betonte, daß die Volks-erneuerung nur aus den breiten Schichten des Volkes kommen könne. Pflicht der deutschen Arbeiterschaft sei es, gesamtdeutsches Volksbewußtsein zu pflegen. Arbeiterschaft und deutsches Volk seien eins.

Kurze Nachrichten

Überwachungsausschuß am Donnerstag. Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist jetzt für Donnerstag, den 22. September, vormittags 11 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Unterjuchung der Vorgänge in der zweiten Sitzung des Reichstages am Montag, den 12. September 1932.

Die 100-Jahr-Feier des Gustav-Adolf-Vereins fand in Leipzig statt. Eine am Sonntagmittag am Völkerschlachtdenkmal von weit über 100.000 Teilnehmern besuchte Kundgebung wurde auf sämtliche deutschen Rundfunksender übertragen. Die Festansprache hielt das Mitglied des Zentralvorstandes, Staatsminister a. D. Dr. Boelke, Berlin. Der Verwirrung, der Zersplitterung, dem Zwiespalt unserer Lage stelle der Verein das Bekenntnis zur Einheit entgegen. Er forderte dann Gleichberechtigung für Deutschland und kam in diesem Zusammenhang auch auf die Frage des Auslandsdeutschtums zu sprechen.

Die Königsberger Bombenanschläge. In Litz (Oberösterreich) trafen zur Vernehmung der vor einigen Tagen verhafteten vier Königsberger SA-Leute, die beschuldigt werden, an den Bombenanschlägen in Königsberg beteiligt gewesen zu sein, deutsche Kriminalbeamte ein. Die Verhafteten sollen an Deutschland ausgeliefert und dort vor ein Sondergericht gestellt werden. Auch in Weß (Oberösterreich) wurden am Samstag zwei Reichsdeutsche Nationalsozialisten verhaftet, die ebenfalls mit den Königsberger Attentaten in Verbindung stehen sollen.

Der Fall Lahusen und Nordwolle. Ein Gastentlassungsantrag für Karl Lahusen in Bremen ist erneut abgelehnt worden. Die beiden Brüder Lahusen sind in zwei Punkten angeklagt, und zwar wegen Bilanzverschleierung und wegen Untreue in einem Falle. Sämtliche übrigen Punkte der Anklage, darunter die Anklage wegen Kreditbetrugs gegen die Banken, wegen übermäßigen persönlichen Aufwands und wegen Untreue in verschiedenen Fällen, darunter das Dreitagesgeschäft-Trattengeschäft mit Buenos Aires, wurden fallengelassen.

Erste Verschlümmung im Befinden des Grafen Graving. In Befinden des Völkerverbunds-Kommissars in Danzig, Graf Graving, der sich vor kurzem einer Darmoperation hatte unterziehen müssen, ist seit Sonntagabend eine erhebliche Verschlechterung eingetreten, die zu den größten Besorgnissen Anlaß gibt. Graf Graving hat bereits heute früh die letzte Stung empfangen.

Kleine Chronik

Am Samstagmittag wurde bei strahlendem Sonnenschein das bayerische Nationalfest, das Münchener Oktoberfest 1932, eröffnet. Nach dem traditionellen Festzug der Wiesnwirte verkündeten punkt 12 Uhr drei Völkerschiffe den Beginn des Festes, das sich schon am ersten Tage eines außerordentlich regen Besuches erfreute.

Auf der Zugspitzbahn sind Samstag abend bei der Station Kreuzegg zwei Züge zusammengeestoßen. Aufher 7 Schwerverletzten wurden noch 15 Personen leicht verletzt. Der Zusammenstoß ereignete sich durch Überfahren der Kreuzung. Der Sachschaden ist nicht bedeutend.

Das planmäßige Postflugzeug Berlin—Salamiki mußte heute, Montagfrüh, im Riesengebirge, nahe der tschechoslowakischen Grenze, bei starkem Nebel zwischenlanden. Dabei wurde das Fahrgeheul und der Motorvorbau des Flugzeuges beschädigt. Eines der drei Besatzungsmitglieder erlitt einen Oberschenkel- und Knöchelbruch; die beiden anderen blieben unverletzt.

tät der Meer mädchenmusik oder Jaitimes Kabatine dazu, das ergibt fraglos mit Meisterstrichen gezeichnete Momente, denen die reichlich dekorative Empfindenheit des übrigen nichts anhaben kann, denen nicht einmal der grobe Unfug des Ganzen — als Zwitterding von echt romantischer und falsch verstandener Jaegeroper — merklich schadet.

Trotzdem bleibt es eine Tragik mit dieser Oper. Vor der Reise nach London sagte Weber: „Ob ich reise, ob ich nicht reise, in einem Jahr bin ich ein toter Mann. Wenn ich aber reise, haben meine Kinder wenigstens zu essen...“ während seine Frau, als die Wagentür des Reisewagens sich schloß, äußerte: „Jetzt habe ich seinen Sarg zuschlagen hören.“ Das sind gewiß nur historische Reminiscenzen, aber auch sie machen begreiflich, weshalb bei aller liebevollen Vorbereitung, die diesem Schmerzensind der deutschen Bühnen erneut zuteil geworden war, der Eindruck doch wieder zwiespältig blieb. Denn auch die diesmal vollkommen unverfälscht herausgestellte Webersche Musik half nicht darüber hinweg, daß sie zu leb- und lieblosen Marionetten gehört und daß eine Verkopplung von Wielands fonderbarer Exotik mit Shakespeares Elfenwelt nachgerade eine Unmöglichkeit ist. Man hat gleichwohl einen schön singenden Oberon (Emmy Seiberlich) und Wilhelm Rentwig, der dem Huon ein angemessener Vertreter war, sehr zu loben; und man kann über die Regie Fina Reich-Dürichs sich ebenso hoch befriedigt äußern, wie über Else Blank und Robert Kiefer, die als Fatime und Scherazmin zusammen mit Elfride Haberfort (Rud) sehr am Platze waren. Sie alle samt Chor im Banne einer vom Dirigentenpaul ausgehenden Inspirationskraft, die sofort nach der Duvettüre Josef Krups demonstrativ feierte und im Verlauf des Abends die anderen Schönheiten des Werkes in nicht minder helles Licht rückte. Da für Inszenierung (Witor Fruscha), Gesamt-ausstattung (Lorenz Reich) sowie Choreographie (Herr Dworak) gleichfalls bestorientierte Hände am Werk waren, konnte ein das Mittelmaß weit übersteigender künstlerischer Erfolg nicht ausbleiben. Möge eine gleich warme Aufnahme auch bei den Nachaufführungen sich zeigen und einigermaßen die sorgsame Arbeit lohnen, die unsere Oper dem Werk gewidmet hat!

S. Sch.

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung

Der Reichsarbeitsminister über Sozialpolitik

Auf dem 13. Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Düsseldorf sprach Reichsarbeitsminister Schäfer nach einer Würdigung der wertvollen Mitarbeit der Christlichen Gewerkschaften beim Aufbau der deutschen Sozialpolitik davon, daß der Staat von heute auf eine Zusammenarbeit der Berufsvertretungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebaut sei. Die Regierung werde daher auch mehr als bisher an den Willen der staats- und wirtschaftspolitischen Verantwortung beider Gruppen appellieren. Sie werde allerdings auch nicht darauf verzichten, die staatliche Macht einzusetzen, wenn es das Allgemeinwohl erfordere.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit sei erstes Ziel des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung. Die Einwände der Christlichen Gewerkschaften hätten Berücksichtigung gefunden. Die Formen und Grenzen der Sozialpolitik dürften nicht starr bleiben in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse so rasch wechseln würden. Die Reichsregierung denke nicht an die Ausrottung des Versicherungsgutes, sie denke auch nicht an die Zerstückelung der begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages, sie verfolge vielmehr die Erhaltung und Pflege der sozialen Erwerbsverhältnisse und Einrichtungen, betrachte den Abbau des Mißtrauens, das heute weite Kreise lähme, als notwendig und bitte um Mitarbeit zum Aufbau unserer Wirtschaft.

Forderungen der Städte

Unter dem Vorbehalt des Kölner Finanzbegrenzten, Beigeordneten Suth, tagte in Braunschweig die diesjährige 20. Vollversammlung der Vereinigung der Finanzbegrenzten größerer Städte. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Das Defizit der deutschen Gemeinden, das bis Ende 1931 mindestens 5-600 Millionen Reichsmark betragen hat, droht sich bis Ende des Haushaltsjahres 1932 mindestens zu verdoppeln. Diese Steigerung der Fehlbeträge ist ausschließlich auf die Erhöhung der durch die Arbeitslosigkeit bedingten Fürsorgekosten zurückzuführen. Die von Reich und Ländern gewährte Hilfe ist unzulänglich. Zur Herstellung geordneter Gemeindeverhältnisse ist vor allem erforderlich die tatsächliche Begrenzung der kommunalen Leistungen für die Erwerbslosenfürsorge 1932 auf 680 Millionen Reichsmark, volle Entschädigung für die durch die Reichsverordnungen erforderlichen zusätzlichen Gemeindeleistungen auf dem Gebiete der allgemeinen Fürsorge und Durchführung der Umsiedlungsaktion, um die ständige Bedrohung durch die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu beseitigen, ferner zum 1. April 1933 Neuordnung des Finanz- ausgleichs- und Steuerwesens für die Gemeinden.“

3,7 Millionen für den Main-Donau-Kanal

Im Rahmen des von der Regierung von Papen verkündeten Arbeitsprogramms sind, wie die Rhein-Main-Donau-A.G. i. t. e. l. l. mitteilt, zunächst 3,7 Mill. RM für die Fortführung der Donaukanalisierung zwischen Aschaffenburg und Würzburg bereitgestellt worden. Bekanntlich liegt in diesem Werk zur Zeit das Schweregewicht der seit 1922 laufenden Arbeiten im Ausbau der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau. Es handelt sich um den Bau einer Schleufe für die Staustufe bei Faulbach und den Ausbau eines Schußhafens in Wertheim. Die Arbeiten sind bereits vergeben, die Vorbereitungen in Angriff genommen. Der Wert dieser Arbeiten für den Arbeitsmarkt ist folgender: auf jede der 13 Maststufen entfallen 17 000 Kubikmeter Erdbewegung, 8000 Kubikmeter Felsbewegung, 275 000 Kubikmeter Holzlagerung, 62 000 Kubikmeter Beton, 3000 Kubikmeter Eisenbeton, 330 Kilogramm Runderisen, 50 000 Kilogramm Profilleisen, 40 000 Kubikmeter Bruchstein. Dazu kommen die bedeutenden und umfangreichen Eisenkonstruktionsmaschinen und Geräte. Die für diese Bauten bestimmten hohen Geldmittel setzen sich zum weitaus größten Teil in Löhne um.

Ein Kommunalkonflikt in Thüringen. Der vom thüringischen Staatsministerium für die Stadt Gera eingesetzte Staatskommissar hat einschneidende Sparmaßnahmen angeordnet. Die Gesamtschulden der Stadt dürften 12 Millionen übersteigen. Eine Beschwerde der Stadt wurde abgewiesen. Der Oberbürgermeister Arnold und einige Beigeordnete sind beurlaubt worden. Der Oberbürgermeister hat gegen den Staatskommissar Dr. Jahn Strafantrag wegen Beleidigung und wissentlicher falscher Anschuldigung und gleichzeitig in einem Brief an den thüringischen Innenminister scharfen Einspruch gegen den Vorwurf erhoben, daß eine ordnungsmäßige Verwaltung der Stadt Gera nur durch die Bestellung eines Ministerialbeauftragten erreicht werden könne. Der Staatskommissar hatte behauptet, daß auch „Dinge kriminellen Charakters“ vorlägen.

Badischer Teil

Der Badische Industrie- und Handelstag zum Wirtschaftsplan der Reichsregierung

Der Badische Industrie- und Handelstag hat sich in seiner Präsidialkonferenz vom 17. September d. J. in Konstanz nach einem Referat von Präsident Dr. Renel eingehend mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beschäftigt. In einer Entschließung heißt es:

„Der Badische Industrie- und Handelstag begrüßt die Maßnahmen der Regierung und hält sie für geeignet, einen wesentlichen Faktor zur Hebung der Wirtschaft zu bilden, und erkennt dankbar das Bemühen zur freien Wirtschaft und den Mut an, der aus den Anordnungen der Regierung spricht. Er fühlt sich jedoch verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß von allen Maßnahmen der Regierung nur dann ein Erfolg erhofft werden kann, wenn keinerlei Zwangseingriffe mit dem Zwecke der Kapitalabwertung und der Zinsherabsetzung erfolgen, weil solche Eingriffe geeignet wären, die guten Absichten der Reichsregierung im Keime zu ersticken, so dringen er wünscht im Rahmen der Entlastung der Wirtschaft auch eine Ermäßigung der Zinsen wäre.“

Inbesondere muß dringend gewarnt werden vor einer Kontingentspolitik, die der Landwirtschaft nichts nützt, aber zwangsläufig zu weiteren Arbeiterentlassungen führen muß. Für die Lage, in der sich das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft befinden, ist die Ausfuhr eine Lebensnotwendigkeit und insbesondere heute, wo es gilt, durch Ausfuhr die für die Ernährung und Einfuhr von Rohstoffen notwendigen Devisen zu beschaffen. Es besteht die Gefahr, daß zu weitgehende handelspolitische Maßnahmen zu Repressalien führen, die nicht ohne Rückschlüsse auf unsere ganze Wirtschaft können und so das Vertrauen in das Aufbauprogramm der Regierung zerstören, die sich schwer schädigend auf die ganze deutsche Wirtschaft, nicht zuletzt auf die deutsche Landwirtschaft, auswirken wird.“

Die geschlossene Wegschränke

Die Reichsbahn teilt mit:

Am 17. September um 19.30 Uhr fuhr auf Wartstation 1 zwischen Zugenhausen und Medesheim ein von Stuttgart nach Mannheim fahrender Lastkraftwagen, der mit etwa 30 Personen besetzt war, kurz vor der Vorbeifahrt des Personenzugs 8126 in die geschlossene Schranke des Bahnübergangs. Der Kraftwagen kam erst auf dem Gleis zu halten. Der Zug war schon in Sicht, konnte aber von dem Schrankenwärter noch gestellt werden. Er kam etwa 100 Meter vor dem Kraftwagen zu halten. Verletzt wurde niemand. Die ordnungsgemäß beleuchtete und rechtzeitig geschlossene Wegschränke wurde vollständig zertrümmert.

Im laufenden Jahre ist dies der 47. Fall, daß geschlossene Wegschränken von Kraftfahrzeugen durchbrochen und Menschenleben erheblich gefährdet wurden.

Jubiläumstagung des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz

An der Stätte, wo der Rheinschiffahrtsverband Konstanz e. V. vor 25 Jahren gegründet wurde und wo er seinen Sitz hat, Konstanz, wurde am Samstag und Sonntag das 25-jährige Jubiläum dieses Verbandes begangen. Dazu hatten sich zahlreiche Vertreter aus allen fünf Bodenseeuferstaaten, aus dem weiteren Deutschland und der Schweiz eingefunden. Die eigentliche Tagung begann am Sonntagvormittag im Kongressgebäude mit der 17. ordentl. Hauptversammlung. Diese wurde vom 1. Vorsitzenden des Verbandes, Kommerzienrat Dr. Stiegeler, eröffnet und geleitet. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1931 erstattete das geschäftsführende Vorstandsmittglied, Handelskammer Syndikus Braun, Konstanz. Durch Zuwahl wurden in den Arbeitsausschuß des Verbandes gewählt: Bürgermeister Dr. Wilt, Waldshut, Bürgermeister Dr. Luthmer, Rehl, Direktor Enßlin und Direktor Kirres, Nieberach (Wittg.). Es wurde einer Satzungsänderung zugestimmt und als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung Ulm a. d. D. gewählt.

Die eigentliche Jubiläumstagung wurde ebenfalls von Kommerzienrat Dr. Stiegeler geleitet. Er begrüßte besonders den badischen Finanzminister Dr. Mattes, ferner als Vertreter der bayerischen Regierung Regierungspräsident Graf von Sprett, den Regierungspräsidenten von Sigmaringen, Brand, den Vertreter des österreichischen Bundesministeriums für Handel und Verkehr, Ministerialrat Dr. Erbitt, Wien, Landeshauptmann Dr. Ender, Bregenz, Direktor Wagner vom Eidg. Amt für Wasserwirtschaft in Bern, ferner den bevollmächtigten Vertreter Badens beim Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Fecht, außerdem eine Reihe weiterer Vertreter von Landes-, Staats- und Reichsbehörden sowie mehrere Reichs- und Landtagsabgeordnete.

Einen eingehenden Rückblick über die Tätigkeit des Verbandes erstattete wiederum Handelskammer Syndikus Braun, Konstanz. Er zeichnete darin die zahlreichen großen Erfolge, die dem Verband während seines 25-jährigen Bestehens beschieden waren und fasste die Ziele des Verbandes in vier Punkte zusammen:

1. Aufklärung weitester Kreise über die Bestrebungen des Verbandes,
2. für die zu erstellenden und bereits geplanten Kraftwerke für die spätere Schifffahrt erforderlichen Einrichtungen zu sorgen,
3. den Nachweis zu erbringen, daß das große Projekt der Rheinschiffahrt Basel-Bodensee technisch und wirtschaftlich durchführbar ist, und
4. die Regulierung des Bodensees.

Es folgten dann eine Reihe von Rednern, die die Glückwünsche ihrer Organisationen überbrachten. Die Versammlung hörte Johann zwei Vorträge, und zwar von Staatspräsident a. D. Prof. Dr. Dummel, Berlin, über „Ober- und Hochrhein und seine Bedeutung für die südwesteuropäischen Verkehrs- und Wasserwirtschaftsprobleme“, ferner einen Vortrag von Oberregierungsbaumeister Altmaier, Karlsruhe, über das Thema „Die Wasserstraße Basel-Bodensee“. Damit war die Jubiläumstagung beendet.

Syndikus Braun machte auf der Tagung einige ergänzende Mitteilungen zum Jahresbericht, die vor allem der Wirtschaftskrise galten. Er hoffe, daß von den für Baden vorgesehenen 9 Millionen RM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch etwas für die Konstanzer Arbeit am Hochrhein freigegeben wird. Der Fortschritt des verlangten Ausbaus der Elektrizitätswerke am Oberrhein hinge wesentlich von einer Herabsetzung der Strompreise und der damit verbundenen Bezugsvermehrung ab. Er appellierte an die Unterstützung sämtlicher Bevölkerungskreise des Rhein- und Bodenseegebietes.

Bürgermeisterwahl. In Unterharmersbach wurde der Zimmermeister Josef Fehrenbach mit 472 von 998 Stimmberechtigten gewählt. Insgesamt waren vier Kandidaten aufgestellt. Der Vorschlag von Börsenbach wurde mit allen Stimmen gegen die Stimme des Bürgermeisters abgelehnt.

Aus der Landeshauptstadt

Schwarzwaldb-Zuverlässigkeitsfahrt „Kreuz und quer um die Hornisgrinde“. Der Deutsche Reichs-Autoclub e. V. erläßt eine Ausschreibung zu einer am 26. September stattfindenden Schwarzwaldb-Zuverlässigkeitsfahrt „Kreuz und quer um die Hornisgrinde“. Die Aufgabe der Fahrt ist, auf einer verhältnismäßig kurzen, genau vorgeschriebenen Strecke bei einer bestimmten Geschwindigkeit eine Gesamthöhenifferenz von 8500 Meter zu überwinden, also eine für Herrenfahrer wie auch für Durchschnittsfahrer ganz erhebliche Leistung. Gleichzeitig soll diese Fahrt die touristischen Reize des Schwarzwaldes für den Autofahrer vermitteln.

Bevorstehender Streik im Möbeltransportgewerbe. Der Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe teilt mit: Anfang Juni d. J. fand in Karlsruhe ein wilder Streik der Möbeltransportarbeiter statt, der mit Gewährung einer Zulage endete. Jetzt nach drei Monaten haben die zur revolutionären Gewerkschaftsopposition gehörenden Möbeltransportarbeiter neue Forderungen gestellt, mit denen Löhne verlangt werden, die höher sind, als die bisher höchsten Löhne von 1929. Dabei stehen die Karlsruher Möbeltransportarbeiterlöhne mit an der Spitze der Löhne im Möbeltransportgewerbe im Reich. Die Behauptung, die Arbeitgeber hätten die Löhne gekündigt, entspricht nicht den Tatsachen. Ebenso findet die neue Notverordnung wegen Lohnsenkung auf das Möbeltransportgewerbe keine Anwendung. Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, mit dem der Lohn- und Manteltarif abgeschlossen wurde, ist an diesem bevorstehenden Streik nicht beteiligt.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus.

Am 16. September jährte sich der Tag, an dem durch einen militärischen Machtpruch der französischen Besatzungsarmee, die 11 Schiffschiff Offiziere auf den Wällen der Festung Wesel ihr Leben lassen mußten. Selbst einzelnen französischen Offizieren war dies Urteil zu hart. Aber Paris hatte gesprochen. Schwer lag die Hand der französischen Machthaber auf dem armen Lande Preußen. Zu all dem kam, daß der König von Preußen aus dem ewigen Jaudern nicht herauskam. Der Werdegang dieser historischen Begebenheit ist im Konfilm eindrucksvoll festgehalten. — Im Beifilm besuchen wir die nordischen Länder. Liebliche Fjords mit herrlichen Wäldern und Klüften, aber auch lieben Menschen ziehen in wechselvollen Bildern an unserem Auge vorüber. Die Wochenschau bringt einzelne Aufnahmen von der Olympiade. — Das Konzerthaus war in mehreren Vorstellungen sehr gut besucht. Möchte das ein gutes Vorzeichen für die neue Spielzeit bedeuten.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Im Laufe des Sonntags ist wieder ozeanische Luft nach Deutschland vorgeedrungen und hat am Nachmittag mehrfach zur Bildung von Gewittern geführt. Über England rücken jetzt polare Luftmassen von der Rückseite einer Zyklone heran und werden uns kühleres, unbeständiges Wetter bringen. Voraussage: kühl und unbeständig, zeitweise gewaltige Regenschauer bei lebhaften Westwinden. Wasserstände: Waldshut 226 plus 3, Basel 16 minus 3, Rheinsweiler 176 minus 16, Rehl 224 minus 8, Marau 380 plus 1, Mannheim 241 minus 5, Caub 143 minus 2 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Urteil im Niederwiltler Kreditvereinsprozeß. Das Urteil im Niederwiltler Kreditvereinsprozeß wurde heute verurteilt: Der angeklagte Florian Gerspacher aus Niederwilt wegen fortgesetzter Genossenschaftsuntreue und wegen Bilanzverschleierung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von zwei Jahren abzüglich vier Monaten Untersuchungshaft, sowie zu einer Geldstrafe von 1500 M. bzw. einen Tag Gefängnis für je 20 M. ferner Edwin Gerspacher aus Niederwilt wegen in sechs selbständigen Handlungen verübter Beihilfe zur Genossenschaftsuntreue, in einem Falle teilweise im Zusammenwirken mit schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug, ferner wegen je eines Betruges der Unterschlagung, des Betruges und der Untreue zu einer Gesamtgefängnisstrafe von zwei Jahren, abzüglich drei Monaten Untersuchungshaft, sowie zu einer Geldstrafe von 700 M. hilfsweise einen Tag für je 20 M. Dem Angeklagten Florian Gerspacher wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren, Edwin Gerspacher auf fünf Jahre aberkannt. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

DB. Mannheim, 19. Sept. Die Möbeltransportarbeiter von Mannheim-Ludwigshafen sind wegen Lohnunterschieden in den Streit getreten.

hpd. Mosbach, 18. Sept. Im nahen Trienz wurde am Freitagabend zwischen 1/6 und 6 Uhr die 86jährige Witwe des Altarchivars Wilhelm Weber von dort in einem Gebüsch ermordet aufgefunden. Der Frau war der ganze Schädel mit einem harten Gegenstand eingeschlagen worden. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Sexualverbrechen. Als Täter dürfte ein Fremder in Frage kommen, der wie folgt beschrieben wird: etwa 1,70 Meter groß, 25-30 Jahre alt, behaart mit Drillhalszung.

hd. Weingarten (bei Durlach), 19. Sept. Ein Familien-drama spielte sich am Sonntagabend gegen 1/8 Uhr in Weingarten ab. Der 23 Jahre alte Oskar Hermann Stöhrer erschlug seinen Vater, den 50 Jahre alten Maschinenarbeiter Hermann Stöhrer, mit einem vierkantigen Holzstiel. Der Vater war in vollständig betrunkenem Zustand nach Hause gekommen und wollte seine seit vielen Jahren schwerranke und bettlägerige Frau mißhandeln. Der Täter, der als fleißiger und ruhiger Mann einen guten Ruf genießt, wurde verhaftet. Er ist das Opfer seiner Ergebenheit geworden.

DB. Bad Dürkheim, 19. Sept. Den Nachwurstmarkt, der von herrlichem Herbstwetter begleitet war, besuchten nochmals Tausende von Fremden. Schon am Samstag strömten die Massen auf die Wiesen und verbrachten die Stunden in froher Stimmung. Der Besuch steigerte sich zum Sonntag sehr beträchtlich und brachte den Hallen- und Schußbänklern einen lebhaften Betrieb. Schätzungsweise weilten Samstag und Sonntag 60 000 auf dem Wurstmarkt, so daß die diesjährige Besucherzahl des Wurstmarktes 150-160 000 betragen dürfte.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	19. September		17. September	
	Weil	Wrie	Weil	Wrie
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	75.77	75.93	75.77	75.93
Italien 100 L.	21.61	21.65	21.61	21.65
London 1 Pf.	14.62	14.66	14.62	14.66
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.49	16.53	16.49	16.53
Schweiz 100 Fr.	81.14	81.30	81.19	81.35
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Großhandelsindexziffer ist mit 95,3 Proz. gegenüber der Vorwoche um 0,3 Proz. gesunken.

Staatsanzeiger

Nach den Mitteilungen der Bezirksärzte waren am 15. September 1932 im Lande Baden verstorben:

Amtsbezirke:	Schweinepest:	Gemeinden:
Geisberg		Heidelberg-Handschuhsheim
Lahr		Sulz
Mannheim		Mannheim, Mannheim-Feudenheim, Mannheim-Räfertal, Mannheim-Sedenheim, Altluhheim, Navesheim, Ludenbürg, Redarhausen, Pfaltzstadt, Schriesheim
Pforzheim		Pforzheim
Sinsheim		Daisbach
Weinheim		Rittschweier, Sulzbach
		Geflügelcholera:
Amtsbezirke:		Gemeinden:
Mannheim		Oftersheim
Pfaltz		Baden-Baden

Badisches Statistisches Landesamt.

